

Egon Bahr

Das Europäische Ziel darf nicht verloren gehen

In seiner großen Rede »Unzeitgemäßes zur Freiheit Europas« im April dieses Jahres auf einer Veranstaltung der FES erörterte der Autor den Zustand der Europäischen Union. Der folgende Text präsentiert den auf mögliche Integrationsfortschritte bezogenen Teil. Der Wortlaut der kompletten Rede ist verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09037.pdf>.

Das Ziel der europäischen Einigung, wohin wir wollen, darf nicht verloren gehen; das Bewusstsein dafür darf nicht erlöschen, woher wir kommen, also die Quelle, Motive und Umstände für die größte Erfolgsgeschichte nach dem Krieg. Jean Monnet, der Franzose, der aus Amerika zurückkam, zeigte, was ein einzelner Mensch ohne Amt und Macht zustande bringen kann. Er überzeugte über Parteigrenzen hinweg die politischen Kräfte in den sechs Gründungsstaaten und gewann das Gewicht, etwas bisher Einmaliges zwischen Staatenbund und Bundesstaat zu schaffen. Obwohl dieses bis heute noch undefinierte Gebilde am Anfang ein Kind des Kalten Krieges war, das unter dem Schutz der Vereinigten Staaten stand, zweifelte niemand, dass nur durch Bündelung seiner nationalen Kräfte ein verteidigungsweiser Organismus entstehen kann. Hebung des Lebensstandards und militärischer Schirm ergänzten sich. Der Schlüssel dafür hieß: Die Übertragung nationaler Souveränitäten auf Europa.

Daran gemessen sind die heutigen Diskussionen schrecklich. Da wird von unterschiedlichen Banken geredet, in verwechselbaren Versalien abgekürzt, die die Rettungsschirme nacheinander oder auch zusammen aufspannen sollen. Private Ratingfirmen degradieren die Kreditwürdigkeit von Staaten. Unvorstellbare Riesensummen von Hunderten von Milliarden können

durch Finanzierungsmechanismen erhöht werden, um das nötige Sparen durch Wirtschaftsbelebung zu ergänzen. Ich verstehe das nicht und habe aufgehört, es im Einzelnen noch verfolgen zu wollen. Außerdem bin ich überzeugt, es geht 99 % meiner Mitmenschen genauso. Das soll Europa sein? Ein Begriff für wenige Fachleute, die angeblich Alles im Griff haben ohne sicher zu sein, wann, wie und zu welchen und wessen Kosten das glücklich enden soll? Und was haben die Undurchschaubarkeiten mit Demokratie zu tun? Zurzeit findet Europa in einer für die große Mehrheit der Bevölkerung abstoßenden Form statt, wirksamer Dünger für Politikverdrossenheit.

Deutschland ist hineingewachsen in eine Rolle, die es nicht erstrebt hat. Geografie und Wirtschaftskraft haben uns zur stärksten Nation gemacht, und zwar in einer Situation, in der die ungelöste Finanzkrise für eine noch nicht überschaubare Dauer Konzentration und Kraft verlangt und gleichzeitig innerhalb Europas zwischen Euro- und Nichteurozone, Orientierung auch international gefragt ist. Jedes dieser Themen würde normalerweise eine Regierung voll beanspruchen. Aber die Geschichte präsentiert sie neben- und miteinander. Führung wird erwartet und gefürchtet.

Das Dilemma kann in zwei Sätzen ausgedrückt werden: Der des polnischen Außenministers Sikorski »Ich fürchte Deutsch-

lands Macht weniger als deutsche Untätigkeit« und der einer Erfahrung, die nicht noch einmal bewiesen werden muss: »Eine deutsche Dominanz könnte Europa nicht ertragen«. Das bedeutet, unserer Verantwortung entsprechend überzeugen zu müssen. Dazu ist Fingerspitzengefühl nötig. Das war im politischen Deutschland sehr oft Mangelware.

Wer führen will, weil er muss, darf sich nicht fürchten. Auch nicht vor Widersprüchen oder Verdächtigungen. Wer den Mut, nein zu sagen, nicht aufbringt, kann nicht führen. Deutschland braucht keine Angst vor sich selbst zu haben. Das Ziel der Befreiung Europas kann nur erreicht werden, wenn es nicht eigennützig missbraucht wird und wenn es latentes Misstrauen abbaut.

Die Handlungsfähigkeit Europas setzt die Erkenntnis voraus, dass der deutsch-französische Motor nicht mehr reicht. Dieses Bild stammt aus einer überholten Ära des Ost-West-Denkens. Die Figur des Weimarer Dreiecks wird aber erst gestaltungs-fähig werden, wenn Polen Mitglied von Euroland wird. Sein Beitritt wird auch garantieren, dass die Selbstbestimmung Europas nicht zum Antiamerikanismus wird. ...

Die NATO hat an Zusammenhalt und Geschlossenheit verloren. Auch wenn das Bündnis heute keine Verteidigungsaufgaben für Deutschland hat, bleibt es unentbehrlich. Es stellt die völkerrechtliche Grundlage für das amerikanische Engagement in Europa dar. Während die Sowjetunion 1975 in Helsinki akzeptierte, dass man Sicherheitsfragen in und für Europa nicht ohne Amerika regeln kann, empfinden es heute fast alle Nachbarn als willkommene Garantie dafür, dass Deutschland nicht ver-rückt spielen kann. Das ist eine vorzügliche Grundlage für Stabilität, gegen deutsche Überheblichkeit und deckt gleichzeitig gewissermaßen außerdem die europäische Entwicklung zur Selbstständigkeit ab.

Man muss ja nicht gleich so weit gehen wie Frau Merkel, die kürzlich in Davos gefragt wurde, wie sie sich die EU in 30 Jah-

ren vorstelle. Da sprach sie von der Kommission als Regierung, vom Europäischen Parlament als erste Kammer und einer Runde der Regierungschefs als zweite Kammer. Das wären die Vereinigten Staaten von Europa. Das wäre Europa als Pol in der multipolaren Welt. Das amerikanische Interesse daran kann nicht groß sein. Aber wer der Führungsmacht nicht nein sagen will, kann nicht selbst bestimmt werden.

In Heiligendamm haben die Industriestaaten in der Formation G8 getagt und großzügig am Schluss die Vertreter der großen Schwellenländer dazu genommen. Das Treffen fand 2007 statt. Heute, nur fünf Jahre später, sind Zusammenkünfte in der Form der G20 selbstverständlich geworden. Nun mahnen mehrere Schwellenländer, Europa solle seine Schularbeiten machen. Die stellvertretende chinesische Außenministerin Fu-Ying stellt freundlich fest: »Europa muss das Lernen lernen«. Und BRIC (*Zusammenschluss der sogenannten Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien und China, die Red.*) überlegt, ob und unter welchen Bedingungen es sich an der Hilfe zur Lösung der Eurokrise beteiligt.

Europa weiß noch nicht einmal, ob Zusammenarbeit als Kern seiner Stärke soweit durchgesetzt werden kann, dass es das Schlüsselwort zur Bändigung der globalen Probleme wird. Wer kann mit Bestimmtheit sagen, ob Europa die Kraft finden würde, nein zu sagen, wenn ein republikanischer Präsident einen Kurs der Konfrontation gegen Russland einschlagen würde? Einen Rückfall in Konfrontation mitzumachen, würde die EU wahrscheinlich nicht geschlossen verweigern.

1981 habe ich als Bundesgeschäftsführer versucht, die Programmatik der SPD auf einen Satz einzudampfen. Das Ergebnis hieß: »Wir wollen eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Fähigkeiten in Würde voll entfalten kann.« Vor 30 Jahren konnte das noch so formuliert werden. Heute nicht mehr. Dieses Ziel ist national nicht mehr erreichbar. Es kann nur in und mit

Europa erstrebt werden. Ein Kern des ungelösten Versprechens Europas liegt in der Illusion, es erfüllen zu können mit seinen zurzeit 27 Mitgliedern. Wer 27 zur Bedingung macht, verhindert Fortschritte der Handlungsfähigkeit. Wer 27 zum magischen A und O erhebt, verdammt Europa zur Fortsetzung seines Mangels, nicht einmal seine Strukturprobleme zwischen Euro- und Nichteuroländern zu lösen. Der Fiskalpakt ist degradiert, nachdem er schon einmal als wichtige Vorstufe der finanzpolitischen Integration gedacht war.

Wenn es nur mit 27 geht, bestimmen nicht nur zwei oder drei Staaten, sondern eben auch Großbritannien die Richtung. Während der vergangenen 60 Jahre hat London erfolgreich und geschickt verstanden, die Erweiterung der EU vor ihrer Vertiefung zu betreiben. Alle Regierungen, *conservative* und *labour*, haben ihre komfortable Lage erhalten, die Zahl der EU-Mitglieder bis zur Unregierbarkeit zu erweitern, aber die unwiderrufliche eigene institutionelle Bindung an den Kontinent zu vermeiden. London lehnt den Euro ab und ist nicht einmal dem Schengener Abkommen beigetreten.

Die letzten beiden Labour-Chefs haben in aller Form erklärt und bekräftigt, dass sie in außen- und sicherheitspolitischen Fragen souverän entscheiden werden und durch Beschlüsse der EU nicht zu binden sind. Der gegenwärtige Regierungschef geht einen Schritt weiter und hat seine Absicht unterstrichen, Kompetenzen in nationale Entscheidungsgewalt zurückzubringen, »die zur EU abgetrieben seien«. Natürlich verzichtet er nicht auf den britischen Kommissar in Brüssel, der kontrolliert, dass die EU keine unerwünschten Beschlüsse fasst. Seine gar nicht falsche Diagnose, die EU leide an »Arterienverkalkung«, führt ihn zu der Folgerung, sein Land wolle in der EU bleiben, um »Freihandel und offene Märkte weiter Geltung zu verschaffen«. Seine Ablehnung der Integration nennt er »Flexibilisierung«. Die

Sonderbeziehung zu den USA sind ihm unaufgebbar und die volle Integration an den Kontinent unannehmbar. Nach der eleganten Aufgabe der globalen Dominanz an die USA durch Churchill stellt Cameron die Modernisierung der traditionellen *balance of power*-Politik dar. Praktisch behauptet er diese Position, durch ein Veto die internationale Handlungsfähigkeit der EU zu verhindern. Man muss wohl davon ausgehen, dass England diese komfortable Lage auch weiterhin interessant findet, auf der einen Seite der EU internationale Handlungsfä-

higkeit zu verweigern und auf der anderen Seite die britische *special relationship* zu pflegen, was es für Amerika sogar noch wertvoller machen könnte. Meine vor einigen Jahren formulierte Auffassung muss ich korrigieren, die EU sollte die Kraft finden, England vor die Frage zu stellen, ob es sich unwiderrufbar an den Kontinent bindet. England hat entschieden und kein Nachfolger in der Downing Street Nr. 10 wird die Tradition der letzten 60 Jahre revidieren.

Wenn Europa sich befreien will, muss es handeln. Ohne England müssen dies die Staaten der EU tun, die den Weg beschreiten wollen, den Lissabon zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gewiesen hat. Er führt zu einem selbstbestimmten europäischen Pol in der interpolaren Welt.

(Die Friedrich-Ebert-Stiftung dokumentiert die wichtigsten Reden der Konferenz »Unzeitgemäßes zur Freiheit Europas« in einem Sonderband.) ■

Gespräch mit Sergei Stanishev

«Es geht hier nicht um halbe Sachen»

Der Vorsitzende der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) war von 2005 bis 2009 bulgarischer Ministerpräsident. Seit November 2011 ist er Interims-Präsident der Sozialdemokratischen Partei Europas (Party of European Socialists; PES). Die Fragen zu den Zielen und Visionen der europäischen Sozialdemokratie stellte Thomas Meyer.

NG/FH: Herr Stanishev, wie sieht die Vision ihrer Partei für die Europäische Union aus?

Sergei Stanishev: Unsere Vision ist es, fortschrittliche Gesellschaften auf der Grundlage universeller Werte und einer starken Demokratie aufzubauen. Ich spreche hierbei über Werte wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit – Werte, die, heute mehr als jemals zuvor, stark hinterfragt werden. Marktkräfte konzentrieren mehr und mehr Macht auf wenige Personen und außerhalb der Reichweite demokratischer Kontrolle. Konservative und Neoliberale folgen der Linie dieser deregulierten Globalisierung, anstatt wirtschaftliche Exzesse zu bekämpfen. Das hat uns in die schlimmste Wirtschaftskrise der modernen Zeit geführt.

Die Sozialdemokratische Partei Europas hat neue Lösungen. Im letzten Jahrhundert haben Sozialismus und Sozialdemokratie den Wohlfahrtsstaat begründet, universellen Zugang zu Bildung und Gesund-

heitsversorgung und Grundrechte für alle durchgesetzt. Nun, im neuen Jahrtausend, verteidigt unsere Bewegung die Errungenschaften der Vergangenheit, während sie daran arbeitet, fortschrittliche Gesellschaften zu errichten und soziale Rechte auszubauen. Unsere Ziele sind: eine starke Demokratie, Freiheit, gute Arbeit und wertebasiertes Wachstum. Das bedeutet einen stabilen Rahmen aus Gerechtigkeit und Solidarität zwischen den Staaten und Generationen und eine bessere Zukunft für alle.

NG/FH: Glauben Sie, dass eine echte politische Union in naher Zukunft realistisch ist, oder auch nur erstrebenswert?

Stanishev: Was europäische Bürgerinnen und Bürger brauchen, ist eine verantwortungsvolle Union. Das Problem ist, dass während der letzten zwei Jahre die Konservativen systematisch an einer Erosion der demokratischen Legitimation der EU gearbeitet haben, indem sie einen rhetorischen